

Unsere Ideen für ein Junges Baden-Württemberg 2025

Präambel

Wir als Junge Union Württemberg Hohenzollern präsentieren mit diesem Papier unsere Positionen, Ideen und Forderungen für die Landtagswahl 2021. Mit diesen Forderungen wollen wir unser Land fit für die Zukunft machen sowie die Themen, die der Jugend wichtig sind, mit einbringen in diese Zukunft.

Die Kreisverbände

Alb-Donau/Ulm	Biberach	Bodensee	Ravensburg
Reutlingen	Sigmaringen	Tübingen	Zollern-Alb

2 Inhalt

3	Digitales Ländle:	2
4	Digitale Infrastruktur umsetzen	2
5	Digitale Bildung fördern.....	2
6	Digitalministerium gründen	3
7	Digitale Kommunen schaffen	3
8	Digitalwirtschaft stärken.....	4
9	Digitale Kommune.....	Fehler! Textmarke nicht definiert.
10	IT-Vertriebsgesellschaften	4
11	eLearning und Weiterbildung	5
12	Kommunales Ländle	5
13	Einführung einer Grundsteuer C	5
14	Flächenpool für Gewerbe- und Neubauplatze	6
15	Klimaneutralität für kommunale Gebäude bis 2030	6
16	Mehr interkommunale Zusammenarbeit	6
17	Sparsames Ländle.....	6
18	Schuldenabbau bis 2050	6
19	Einführung der Doppischen Buchführung für das Landesvermögen.....	6
20	Erhaltung der Gewerbesteuer für Kommunen	7
21	Finanzressort.....	7
22	Gesundes Ländle.....	7
23	Intensivbettenverzeichnis bis 2025	7
24	Gesundheitsplattform Baden-Württemberg.....	7
25	Bessere Vernetzung von Ärzten und Pflegekräften	8
26	Medikamente „made in Baden-Württemberg“	8
27	Durch Training zum Krisenexperten: Ausarbeitung von Pandemieplanen.....	8
28	Wertschätzung für die Ersthelfer: Prämien für Ärzte und Pflegekräfte.....	8
29	Virenabwehr: IT Sicherheit für Krankenhäuser	8
30	Ärzte für das Ländle.....	9
31	Faire Bezahlung für angehende Ärzte	9
32	Sicheres Ländle	9
33	Mehr Flexibilität im öffentlichen Dienst.....	9
34	Unsere Helden in Uniform: Stärkung unserer Polizei.....	10
35	Schutz unserer Rechtshuter	10
36	Digitale Polizei 2025	10
37	Polizeigesetze des Landes: Annäherung statt Alleingang	10
38	Gebildetes Ländle.....	10
39	Verpflichtender Informatik Unterricht/Medienbildung („Computer Science“) bis 2025.....	11
40	Ausweitung des Gemeinschaftskunde Unterrichts im Aspekt Wirtschaft	11
41	Digitalisierung an Schulen	11
42	Corona Maßnahmen an Lehranstalten	11
43	Begabungsforderungsangebote an Schulen schaffen	12
44	Starkes Wirtschaftslandle.....	12
45	Ländle des Eigenheims	13
46		

47 Digitales Ländle:

48 Digitale Technologien spielen mittlerweile eine sehr große Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft
49 und ihre Bedeutung für unseren Wohlstand und das Leben jedes einzelnen Bürgers wird
50 künftig weiter stark steigen. Daher fordern wir, dass die künftige Landesregierung dem Thema
51 Digitalisierung sowie dem Umgang mit und dem Einsatz von digitalen Technologien quer durch
52 alle anderen Themenbereiche oberste Priorität einräumt.

53 Um die Vorteile der digitalen Technologien vollumfänglich nutzen zu können und die
54 Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft voranzubringen, benötigt BW als Grundlage
55 eine moderne digitale Infrastruktur und den Aufbau von mehr digitaler und technischer
56 Kompetenz. Darüber hinaus soll BW Spitzenreiter werden beim Aufbau einer modernen und
57 effizienten digitalen Verwaltung, sowohl auf Landesebene als auch in den Kommunen.

58

59 Digitale Infrastruktur umsetzen

60 Bis 2022 soll im ganzen Land flächendeckend eine Internetverbindung von 150 Mb/s möglich
61 sein und das Glasfasernetz entsprechend ausgebaut werden.

62 Bis 2022 müssen alle noch bestehenden Funklöcher geschlossen und flächendeckend LTE
63 und 5G Verbindungen ermöglicht werden.

64

65 Digitale Bildung fördern

66 Langfristig benötigen wir Computer Science als Pflichtfach an allen Schulen, um die Schüler
67 auf das Leben in einer digitalen Gesellschaft vorzubereiten. Für den Weg dahin fordern wir die
68 Einrichtung von digitalen Pilotenschulen als Experimentierräume, die neue digitale Technologien
69 und Prozesse im Unterricht einsetzen und Computer Science für alle Schüler anbieten.

70 Aufgrund des Mangels an Informatikern im Bildungsbereich, fordern wir die Einführung einer
71 Fachkräftezulage, die sich am Gehaltsniveau der freien Wirtschaft orientiert.

72 Wir fordern eine eLearning-Plattform für kommunale Amtsträger (Ortschaftsräte,
73 Gemeinderäte, Kreisräte). Der ehrenamtliche Einsatz erfordert nicht nur viel Zeit, sondern
74 auch viel Wissen. Die kommunale Verwaltung, deren Aufgaben und die damit verbundenen
75 Rechtsfragen sind komplex. Mit einer fachlich gut ausgestatteten Video-Plattform sollen die
76 Amtsträger die Möglichkeit haben sich Wissen anzueignen.

77 Wir fordern darüber hinaus passende eLearning-Plattformen für alle Berufsfelder im
78 öffentlichen Dienst, um bspw. Lehrern, Polizisten, Feuerwehrleute oder Verwaltungsbeamten
79 kontinuierlich Fortbildungsmöglichkeiten anzubieten.

80

81 Digitalministerium gründen

82 Die nächste Landesregierung sollte beispielhaft vorgehen und das erste Digitalministerium
83 in Deutschland etablieren.

84 Aufgabe des Digitalministeriums ist es, dafür zu sorgen, dass Staat und Verwaltung durch den
85 Einsatz neuer Technologien und digitaler Prozesse schneller, effizienter und
86 bürgerfreundlicher werden. Als Ziel sollen alle Leistungen der Verwaltung online zugänglich
87 sein, nicht nur die Leistungen für Bürger, sondern auch die Leistungen der Verwaltungen
88 untereinander.

89 Das Digitalministerium soll kein Superministerium sein, in das alle von Digitalisierung
90 betroffenen Themen verlagert werden, sondern einen klaren Fokus auf die digitale
91 Modernisierung der Verwaltung legen.

92 Zudem soll das Digitalministerium den Aufbau digitaler Kompetenzen in Regierung und
93 Verwaltung koordinieren und eine strategische Planung von Digitalthemen fördern.

94 Außerdem soll das Digitalministerium helfen, die vorhandenen Datensätze in Behörden und
95 Verwaltungen nutzbar zu machen, um eine stärkere evidenz- und datenbasierte
96 Entscheidungsfindung in Regierung und Verwaltung zu ermöglichen.

97

98 Digitale Kommunen schaffen

99 Digitalisierung ist nicht nur ein Thema für Bund und Land, sondern gerade auch für die
100 Kommunen.

101 Das Schleppen dicker Ordner und der Versand riesiger Papierberge sollte der Vergangenheit
102 angehören. Wir bitten alle Kommunen, papierloses Arbeiten, für Ihre Bediensteten und ihre
103 Gemeinde- und Kreisräte, einzuführen. Unterlagen, Vorlagen, Beschlüsse, Protokolle,
104 Sitzungsunterlagen, Termine und Anträge sollten zukünftig elektronisch zur Verfügung stehen.
105 Das ist bereits in vielen Gemeinden erfolgreich gelebte Praxis und muss zum Standard
106 werden.

107 Wir fordern digitale Bauplatzvergaben. Diese entlasten die kommunalen Verwaltungen und
108 sorgen für transparente Vergaben. Bisher sind in vielen Gemeinden Bauplatzvergaben für die
109 Gemeindeverwaltungen mit höherem Arbeitsaufwand verbunden, selbst wenn einfachere
110 Vergabeformen, wie die Verlosung oder das Windhund-Verfahren, gewählt wurden. Dies gilt
111 umso mehr bei komplexeren Vergaben wie bspw. die Steuerung über ein Punktesystem.
112 Deutliche Erleichterungen sind mit Softwarelösungen zu erzielen. Sie ebnen den Weg für eine

113 bürgerfreundliche und transparente Kommune, sowie für eine effiziente Abwicklung seitens
114 der Verwaltung.

115 Wir schlagen vor, einen digitalen wie interaktiven Haushalt einzuführen. Mithilfe eines digitalen
116 Haushaltes ist es für die Gremienmitglieder, aber auch für die interessierten Bürgerinnen und
117 Bürger leichter, sich mit den haushaltswirtschaftlichen Plänen zu beschäftigen und sich aktiv
118 an den Planungsprozessen zu beteiligen. Mit einem interaktiven Haushalt können alle
119 relevanten Daten des Haushaltsplans bereitgestellt und in übersichtlicher Form aufbereitet
120 werden. Ergänzt durch verschiedene Darstellungen, Erläuterungen und Diagramme, können
121 sich Interessierte auf verschiedene Arten und Weisen mit der Materie vertraut machen.

122 Die Digitalisierung von Kommunen und öffentlicher Einrichtung soll unterstützt werden durch
123 die Schaffung spezialisierter Gesellschaften. Nicht jede Kommune etc. kann und muss ihr
124 Digitalangebot von Grund auf selbst konzipieren. Software-Evaluationen sowie Einführung,
125 Betrieb und Wartung von Software soll durch spezialisierte Gesellschaften übernommen
126 werden. Öffentlichen Einrichtungen können ihren Bedarf anmelden und erhalten auf Abruf die
127 gewünschte Software und Hardware. Damit werden die öffentlichen Einrichtungen entlastet
128 und erhalten zeitgemäße und rechtssichere IT-Lösungen.

129

130 Digitalwirtschaft stärken

131 BW besitzt dank exzellenter Forschungs- und Bildungseinrichtungen ein riesiges Potenzial für
132 künftigen wirtschaftlichen Erfolg mit digitalen Geschäftsmodellen. Damit der
133 Technologietransfer von Forschungs- und Bildungseinrichtungen in die Wirtschaft gelingt,
134 bedarf es aber besserer Bedingungen für Start-Ups. Wir fordern daher die Einrichtung eines
135 BW Venture Capital Fonds, der 1 Mrd. € an Risikokapital für innovative Gründer bereitstellt.
136 Die Vergabe des Geldes soll schnell und möglichst bürokratiearm erfolgen.

137 Zudem fordern wir eine Stärkung von Kompetenzclustern für KI und Block Chain Technologie
138 und gezielte Forschung, wie diese Zukunftstechnologien genutzt werden können, um das
139 Potenzial von datengetriebenen Geschäftsmodellen in der Industrie zu nutzen und damit
140 Zukunft von BW als high-tech Industriestandort zu sichern.

141

142

143 IT-Vertriebsgesellschaften

144 Unsere Kommunen und öffentliche Einrichtungen dürfen mit der Digitalisierung nicht allein
145 gelassen werden. Ob in Gemeindeverwaltungen oder Schulen, es fehlt häufig an Geld,
146 Personal und IT-Kompetenz. Nicht jede Kommune/Einrichtung muss ihr Digitalangebot von

147 Grund auf selbst konzipieren. Software-Evaluationen, Einführung, Betrieb und Wartung von
148 Software soll durch spezialisierte Vertriebsgesellschaften übernommen werden. Die
149 öffentlichen Einrichtungen melden ihren Bedarf an und erhalten auf Abruf die gewünschte
150 Software und Hardware. Damit werden die öffentlichen Einrichtungen entlastet und erhalten
151 zeitgemäße und rechtssichere IT-Lösungen.

152 eLearning und Weiterbildung

153 Wir fordern eine eLearning-Plattform für kommunale Amtsträger (Ortschaftsräte,
154 Gemeinderäte, Kreisräte). Der ehrenamtliche Einsatz erfordert nicht nur viel Zeit, sondern
155 auch viel Wissen. Die kommunale Verwaltung, deren Aufgaben und die damit verbundenen
156 Rechtsfragen sind komplex. Mit einer fachlich gut ausgestatteten Video-Plattform sollen die
157 Amtsträger die Möglichkeit haben sich Wissen anzueignen.

158 Wir fordern darüber hinaus passende eLearning-Plattformen für alle Berufsfelder im
159 öffentlichen Dienst, um bspw. Lehrern, Polizisten, Feuerwehrleuten oder Verwaltungsbeamten
160 kontinuierlich Fortbildungsmöglichkeiten anzubieten.

161 Kommunales Ländle

162 Die 1101 Städte- und Gemeinden bilden mit den 35 Landkreisen und 9 Stadtkreisen die
163 Herzkammer des Gemeinwohls in Baden-Württemberg ab. Sie sind Garant für Wohlstand,
164 Wachstum, ehrenamtliches Engagement und einem guten Miteinander vor Ort. Gerade in der
165 aktuellen Corona Krise zeigen die Kommunen sich als verlässlicher Partner für die Menschen
166 in Baden-Württemberg. Die Junge Union steht klar zum Selbstverwaltungsrecht der
167 Kommunen und möchte die wesentlichen Strukturen auch in der künftigen Wahlperiode
168 erhalten. Damit die Kommunen Ihren wichtigen Aufgaben nachgehen können fordern wir:

169

170 Einführung einer Grundsteuer C

171 Die Gemeinden im Bezirk Württemberg-Hohenzollern erleben in den nächsten Jahren
172 weiterhin einen Zustrom an neuen Einwohnern. Der Druck auf die Innenentwicklung einer
173 Gemeinde wird weiterhin stark zunehmen. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Gemeinden
174 zunächst die möglichen Potenziale der Innenentwicklung ausschöpfen sollten. Damit dies
175 zukünftig besser gelingen kann, ist das Instrument einer neuen Grundsteuer C, welches
176 brachliegende Grundstücke und Grundstücke im Bereich eines gültigen
177 Flächennutzungsplans, stärker besteuern soll, notwendig. Über die Höhe der Hebesätze
178 entscheidet der Gemeinderat. Wir schlagen vor, dass Grundstücke, die länger als 5 Jahre
179 brachliegen, besteuert werden können.

180

181 Flächenpool für Gewerbe- und Neubauplätze

182 Neben der Ausschöpfung der Innenentwicklung und insbesondere dem Potenzial der
183 Höhenentwicklung, sind Neubaugebiete mit angemessener Bevölkerungsdichte, welche wir
184 bei 55 Einwohner / Ha sehen, notwendig. Wir fordern deshalb, dass Gemeinden, selbst oder
185 interkommunal, Flächenpools, entsprechend der Einwohnerzahl der Gemeinde und
186 prognostiziertem Zuzug, verpflichtend vorhalten müssen. Dies führt zu mehr Angebot und jede
187 Gemeinde muss für eine Weiterentwicklung Sorge tragen.

188

189 Klimaneutralität für kommunale Gebäude bis 2030

190 Gemeinden sollten für ihre eigenen, oftmals sehr energieintensiven Gebäude, bis 2030 die
191 Klimaneutralität anstreben. Damit nehmen die Gemeinden einen positiven Vorbildcharakter im
192 Rahmen des kommunalen Klimaschutzes wahr.

193

194 Mehr interkommunale Zusammenarbeit

195 Wir begrüßen es, wenn Gemeinden interkommunal zusammenarbeiten. Dies stellt aus unserer
196 Sicht eine wichtige Brücke dar, um auf der einen Seite die Selbstverwaltung der Gemeinden,
197 insbesondere der Kleineren, zu wahren und zum anderen stellen die Gemeinden sich so für
198 die zunehmend komplizierteren und herausfordernderen Aufgaben ein. Wir sprechen uns
199 gegen eine Debatte zur Zusammenschließung von Gemeinden aus. Dennoch fordern wir, dass
200 Gemeinden selbst oder im Rahmen interkommunaler Zusammenschlüsse, einen
201 Einwohnerschlüssel von mindestens 10.000 Einwohner bis 2025 bilden.

202

203 Sparsames Ländle

204 Schuldenabbau bis 2050

205 Die Corona Pandemie erfordert hohe Staatsinvestitionen. Gerade in der Krise hat sich die
206 jahrelange Politik der Schwarzen Null als Positiv erwiesen. Wir fordern deshalb, das
207 langfristige Ziel eines kompletten Schuldenabbaus ins Auge zu fassen und bis 2050 dieses
208 Ziel zu erreichen.

209 Einführung der Doppischen Buchführung für das Landesvermögen

210 Das Land Baden-Württemberg hat die Gemeinden gesetzlich dazu verpflichtet das Vermögen
211 bewerten zu lassen und die Doppische Buchführung einzuführen. Das gleiche sollte aus
212 unserer Sicht auch für das Land gelten. So fordern wir einen Umstieg bis 2025.

213 Erhaltung der Gewerbesteuer für Kommunen

214 Die Gewerbesteuer ist eine wichtige Einnahmequelle für die Kommunen. Darüberhinaus ist
215 diese ein wichtiger Anreiz, damit Gemeinden neue Gewerbepotenziale lokal ansiedeln, um die
216 Herausforderungen vor Ort finanzieren zu können. Dieses Instrument muss bei den
217 Gemeinden verbleiben.

218 Finanzressort

219 Aufgrund der fiskalischen Herausforderungen der nächsten Jahre fordern wir, dass bei
220 jeglicher Koalitionsbeteiligung der CDU Baden-Württemberg, das Finanzressort von der CDU
221 besetzt wird.

222

223 Gesundes Ländle

224 Die Pandemie hat uns gezeigt, wo die Stärken aber auch die Schwächen unseres
225 Gesundheitssystems liegen. Daher müssen wir schauen, dass die Stärken ausgebaut und die
226 Schwächen minimiert werden. Unser Gesundheitssystem ist von herausragender Wichtigkeit
227 für uns alle, damit es auch in Zukunft krisenfest bleibt fordern wir:

228

229 Intensivbettenverzeichnis bis 2025

230 Es bedarf eines europäischen Intensivbettenverzeichnisses. Der Grundstein hierfür kann
231 schon auf Landesebene gelegt werden. Krisenzeiten verlangen nach schnellen Handlungen.
232 Die Kommunikation unter den Krankenhäusern muss intensiviert werden. Eine digitale
233 Plattform kann hierbei eine Schlüsselrolle einnehmen, um die Krankenhäuser innerhalb
234 Baden-Württembergs zu vernetzen. Darauf aufbauend können immer mehr Krankenhäuser
235 eingegliedert werden.

236

237 Gesundheitsplattform Baden-Württemberg

238 Das Intensivbettenverzeichnis fügt sich als eines der Teile in die Gesundheitsplattform Baden-
239 Württemberg ein. Nicht nur eine Vernetzung der Krankenhäuser ist essentiell, Landrats- und
240 Gesundheitsämter müssen bei der Koordination miteinbezogen werden. Abfragen,
241 Zuweisungen und Kapazitäten könnten so besser überblickt und die Dienstwege verkürzt
242 werden. Schnelles und effizientes Handeln muss das Ziel sein, deswegen sehen wir eine
243 solche Gesundheitsplattform bis 2025 vor, um für kommende Krisen gewappnet zu sein.

244

245 Bessere Vernetzung von Ärzten und Pflegekräften

246 Wir fordern die Ausrüstung von Ärzten und Pflegekräften mit Tablet-Computern bis 2025. Auch
247 Krankenhäuser und Praxen werden immer digitaler. Auf dem Weg zu elektronischen
248 Patientenakten muss den Mitarbeitern der Klinik ermöglicht werden, jederzeit auf diesen
249 Zugriff zu haben. Die Akten können so jederzeit bearbeitet und eingesehen werden, ohne auf
250 stationäre Terminals angewiesen zu sein. Arbeitsaufwand und Informationsverlust werden
251 nachweislich verringert.

252

253 Medikamente „made in Baden-Württemberg“

254 Wir fordern mehr Unabhängigkeit von ausländischen Lieferketten. Das Land muss den hier
255 ansässigen Pharmakonzernen und Produzenten von Schutzausrüstungen finanzielle Anreize
256 setzen, wieder in Baden-Württemberg zu produzieren. Während der Corona Pandemie wurde
257 deutlich, dass die Abhängigkeit von ausländischen Lieferketten zu erheblichen Engpässen
258 kommen kann. Insbesondere Medikamentenknappheit kann Leben gefährden. Auch
259 Schutzausrüstung wie Masken, Kittel und Desinfektionsmittel müssen vor Ort hergestellt
260 werden, um bei großer Nachfrage die Versorgung und Arbeit in den Krankenhäusern
261 gewährleisten zu können. Wir fordern, dass bis 2030 min 50% der im Gebrauch befindlichen
262 Schutzausrüstungen und Medikamente in Baden-Württemberg oder der Bundesrepublik
263 hergestellt werden.

264

265 Durch Training zum Krisenexperten: Ausarbeitung von Pandemieplänen

266 Die Pandemie hat uns vor Augen geführt in welchen Bereichen noch Handlungsbedarf besteht.
267 Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, spezifische Pandemiepläne auszuarbeiten und
268 diese den Krankenhäusern zur Verfügung zu stellen. Diese müssen „Pandemieübungen“
269 durchführen, in regelmäßigen Abständen (alle 3 Jahre).

270

271 Wertschätzung für die Ersthelfer: Prämien für Ärzte und Pflegekräfte

272 Während der Pandemie kämpften Ärzte und Pflegekräfte in erster Reihe für unser
273 Wohlergehen und um Leben zu retten. Dieser Einsatz muss Würdigung erfahren. Aus diesem
274 Grund fordern wir die Ausschüttung von Prämien. Jeder Ersthelfer (Arzt oder Pflegekraft) soll
275 eine Pandemieprämie in Höhe von 1500€ erhalten.

276

277 Virenabwehr: IT-Sicherheit für Krankenhäuser

278 Bei fortschreitender Digitalisierung unseres Gesundheitswesens bedarf es der
279 Risikoprävention. Wir fordern aus diesem Grund den schnellen Ausbau der IT-Sicherheit von
280 Krankenhäusern. Hackerangriffe auf sensible Patientendaten sind eine Gefahr für den
281 Datenschutz und die Unversehrtheit des Lebens. In der Vergangenheit kam es bereits zu

282 digitalen Erpressungen von Krankenhäusern. Das Land muss hierbei die Expertise zur
283 Verfügung stellen, solche Eingriffe in Zukunft zu verhindern und die Krankenhäuser in IT-
284 Fragen unterstützen.

285

286

287 **Ärzte fürs Ländle**

288 Anreize für Landärzte: Förderung von Gemeinschaftspraxen, um Versorgungslücken zu
289 schließen und die Versorgung im ländlichen Raum sicherzustellen. Der Schritt hin zur
290 Marktwirtschaft und weg von der Planwirtschaft soll den Ärzten mehr Flexibilität ermöglichen.
291 So können behandelte Patienten abgerechnet werden, nicht nur die, die zuvor angemeldet
292 wurden.

293

294 **Faire Bezahlung für angehende Ärzte**

295 Den Assistenzärzten muss das Praktische Jahr besser bezahlt werden. In der Vergangenheit
296 kam es zur Abwanderung von Fachkräften u.a. in die Schweiz, weil dort eine angemessene
297 Bezahlung gewährleistet ist. Wir können es uns nicht erlauben, Ärzte zu verlieren. Es müssen
298 finanzielle Anreize für einen Verbleib verankert werden. Wir fordern deshalb für Assistenzärzte
299 ab 2023 einen monatlichen Mindestverdienst von 1800€. Arbeitsleistung muss auch
300 vollumfänglich vergütet werden.

301

302 **Sicheres Ländle**

303 Sicherheit ist nicht alles, aber ohne Sicherheit ist alles nichts. Die Freiheit, in der wir heutzutage
304 leben, wäre ohne Sicherheit nicht möglich. Daher ist es unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass
305 diejenigen die für unser aller Sicherheit sorgen, bestmöglich behandelt und ausgestattet
306 werden. Damit wir auch in Zukunft in Sicherheit leben können fordern wir:

307

308 **Mehr Flexibilität im öffentlichen Dienst**

309 Karrieren im öffentlichen Dienst sollten attraktiver gestaltet werden. Besonders die Flexibilität
310 beim Wechsel qualifizierter Kandidaten in höhere Beamtenlaufbahnen sollten ermöglicht
311 werden. Ressort- oder Verwaltungswechsel, ohne eine neue Ausbildung zu absolvieren. Die
312 Public Service Motivation allein, reicht heutzutage nicht mehr aus, um die Berufseinsteiger für
313 den öffentlichen Dienst zu gewinnen.

314

315 Unsere Helden in Uniform: Stärkung unserer Polizei

316 Auch die Landespolizei Baden-Württembergs muss entscheidend gestärkt werden. Gerade
317 bei der Verfolgung von Straftätern und beim Schutz von Beamten ist Videoüberwachung
318 unabdinglich. Öffentliche Plätze, die in der Vergangenheit überdurchschnittlich oft Schauplatz
319 von Straftaten wurden, müssen bessere Überwachung bekommen. Und auch gegen Gewalt
320 gegen Polizeibeamte kann mithilfe der Body-Cam vorgesorgt werden. Studien zeigen, dass
321 dies zu einem signifikanten Rückgang von Gewalt gegen Uniformierte geführt hat. Deshalb
322 fordern wir, dass die Body-Cam zur Standardausstattung jedes Beamten werden soll bis 2025.

323

324 Schutz unserer Rechtshüter

325 Unsere Polizei sorgt jeden Tag für unsere Sicherheit und für ein friedliches Miteinander. Dafür
326 verdient die Polizei nicht nur unseren Dank, sondern auch unsere Unterstützung. Wir fordern
327 deshalb härtere Strafen bei Angriffen gegen uniformierte Würdenträger. Übergriffe wie in
328 Stuttgart, können und dürfen nicht toleriert werden.

329

330 Digitale Polizei 2025

331 Ein Teil dieser Unterstützung muss es auch sein, der Polizei die Arbeit zu erleichtern. Wir
332 fordern deshalb bis 2025 jeden Polizeibeamten mit Smartphone und Tablet auszustatten um
333 die Beweisaufnahme, Personenüberprüfungen und Ermittlungen zu beschleunigen und zu
334 erleichtern. Berichte können so vor Ort angefertigt und die Arbeit verringert werden.

335

336 Polizeigesetze des Landes: Annäherung statt Alleingang

337 Auch die Polizeigesetzgebung ist in unserer Bundesrepublik zu unterschiedlich. Ein
338 einheitlicher rechtlicher Rahmen sehen wir als wichtig an, um unterschiedliche Bußgelder zu
339 vermeiden. Deswegen setzen wir uns für die Einführung einer Initiative ein, die Innenminister
340 des Landes an einen runden Tisch zu bekommen, um sich dieser Thematik zu widmen. Die
341 Einberufung eines solchen Gremiums muss bis 2023 erfolgen.

342

343 Gebildetes Ländle

344 Bildung ist unser wichtigstes Kapital. Wenn wir in Bildung investieren, investieren wir in unsere
345 Zukunft. Jetzt ist es höchste Zeit unser Bildungssystem bereit für die Zukunft zu machen und
346 dafür zu sorgen, dass unsere Schülerinnen und Schüler die bestmögliche Bildung erhalten.
347 Damit Baden-Württemberg auch weiterhin das Land der Tüftler und Denker bleibt fordern wir:

348

349 Verpflichtender Informatik Unterricht/Medienbildung („Computer Science“) bis 2025

350 Durch die digitalisierte Welt, in der wir heutzutage leben, ist es so nötig wie noch nie, die
351 Bildung junger Leute in den Bereichen Informatik und Medien zu fördern. Daher wollen wir uns
352 dafür einsetzen, bis 2025 an allen weiterführenden Schulen in Baden-Württemberg ein
353 verpflichtendes Unterrichtsfach für Medienbildung und Informatik einzuführen. So sollen
354 Kinder und Jugendliche möglichst früh lernen, wie man verantwortungsbewusst, sicher und
355 effektiv mit digitalen Produkten umgeht.

356

357 Ausweitung des Gemeinschaftskunde Unterrichts im Aspekt Wirtschaft

358 Oft wissen Schüler nach ihrem Schulabschluss nicht einmal über wichtige Themen Bescheid
359 wie z.B. unser Versicherungssystem, unser Steuersystem und viele andere wirtschaftliche
360 Dinge. Wir denken, dass dies nicht so weiter gehen kann, da es zu unserem Bildungsauftrag
361 gehört, Schüler auf ihr Leben vorzubereiten. Damit sie als Erwachsene nicht vor einer
362 Steuererklärung oder einem Bafög-Antrag sitzen, ohne die Grundprinzipien zu verstehen oder
363 auch zu spät für ihre finanzielle Sicherheit im Alter sorgen. Um in diesem Bereich unsere
364 Schüler und Schülerinnen zu bilden, fordern wir eine verpflichtende Ausweitung des
365 Gemeinschaftskunde Unterrichts im Aspekt Wirtschaft. Um diese Erweiterung des Stoffes zu
366 gewährleisten, sollte Gemeinschaftskunde bereits in unteren Klassenstufen der
367 weiterführenden Schule unterrichtet werden.

368

369 Digitalisierung an Schulen

370 Gerade in Zeiten von Corona ist es sehr wahrscheinlich, dass einzelne Schüler, Klassen oder
371 gar Schulen in die Quarantäne versetzt werden. Um den Unterricht fortsetzen zu können, muss
372 an jeder Schule dafür gesorgt werden, dass jede/r Schüler/in über ein technisches Gerät
373 verfügt, an dem er/sie am Onlineunterricht teilnehmen. Daher sollte das Land in ihren
374 Subventionen für Schulen berücksichtigen, dass Schulen sich mit Leihgeräten bestücken
375 sollten und ebenfalls verpflichtend für eine technische Schulung der Lehrer gesorgt wird, so
376 dass ein möglichst reibungsloser Unterricht stattfinden kann. Des Weiteren setzen wir uns
377 dafür ein, dass Lehrer nicht nur im Bereich Informatik zu mehr Fortbildungen verpflichtet sind,
378 sondern in ihren jeweiligen Fachbereichen zu Weiterbildungen verpflichtet werden, um eine
379 durchgängige Aktualität des Unterrichts in den jeweiligen Fachbereichen zu gewährleisten.

380

381 Corona Maßnahmen an Lehranstalten

382 Zum Teil widersprüchliche und unrealistische Hygieneregeln an Schulen sollten überarbeitet
383 werden. Wie zum Beispiel, dass Schüler im Außenbereich des Schulgeländes dauerhaft einen
384 Mund und Nasenschutz tragen müssen, selbst wenn man ohne Probleme einen

385 Mindestabstand gewähren könnte. Währenddessen besteht jedoch in Klassenzimmern keine
386 Pflicht für einen Mund und Nasenschutz. Ebenfalls sollte überdacht werden, inwiefern es dann
387 sinnvoll ist, alle Schüler wieder in den Sportunterricht zu schicken oder ob dort nicht
388 Ausnahmen gemacht werden sollten, um Infektionsketten zu vermeiden.

389

390

391 **Begabungsförderungsangebote an Schulen schaffen**

392 An einigen weiterführenden Schulen in Baden-Württemberg gibt es bereits ein freiwilliges
393 Begabungsförderungsprojekt. Wir fordern bis 2025 ein verpflichtendes Angebot für freiwillige
394 Angebote an Schulen, kommunal oder interkommunal, auszuarbeiten. Hierzu sollten die
395 regionale Wirtschaft und Wissenschaftszentren mit ins Boot geholt werden um ein Exzellenz-
396 Programm an weiterführenden Schulen zu etablieren. Wir sehen in der Schaffung dieses
397 Projekts große Chancen für Schülerinnen und Schüler, sich auf freiwilliger Basis
398 weiterzubilden.

399

400 **Starkes Wirtschaftsländle**

401 Wir brauchen eine bessere Start-Up Kultur. Das soll unter anderem durch Start-Up Fonds
402 gewährleistet werden. Wenn Start-Ups sich verpflichten für mindestens 10 Jahre ihren
403 Hauptsitz in Baden-Württemberg zu haben, erhalten sie Gründerkredite mit 0% Zins. Ebenfalls
404 sollen für neue Unternehmen temporär niedrigere Gewerbesteuersätze gelten.

405

406 Da die Gemeinden durch die geplanten niedrigeren Bildungsausgaben generell mehr
407 finanziellen Spielraum haben, soll auch die Gewerbesteuer im Allgemeinen gesenkt werden.
408 Unterstützt werden soll das Vorantreiben der Bildung von regionalen Clustern, in Bereichen
409 wie KI und Wasserstoff. Damit so eine optimale Synergie zwischen Wirtschaft und
410 Wissenschaft entstehen kann.

411

412 Wir brauchen kein *America Works*, wir haben *s'Ländle schafft*.

413 Mit einem Milliarden Programm muss jetzt in unsere Infrastruktur investiert werden. Beim
414 Glasfaserausbau sollen 90% der Kosten vom Land getragen werden und jede Schule soll bis
415 2021 einen Glasfaseranschluss haben. Unsere Schienen müssen ausgebaut werden und
416 generell muss die Entstehung von S-Bahn-Netzen vorangetrieben werden. Der Güterverkehr
417 sowie der Personenverkehr sollen auf zwei separaten Schienennetzen stattfinden. Dadurch
418 werden Hochgeschwindigkeitszüge unterstützt und im normalen Personenverkehr sollen
419 dadurch auch u.a. Verspätungen vermindert werden. Im Weiteren müssen unsere Straßen
420 dringend renoviert werden. Auch sollen alle in Baden-Württemberg verlaufenden Autobahnen

421 bis 2021 eine LTE-Vollabdeckung erhalten, bis 2022 muss das für alle in Baden-Württemberg
422 verlaufenden Straßen gelten. Auch muss der Planungsstau bei Umgehungsstraßen
423 aufgehoben und deren Bau vorangetrieben werden. Es kann nicht sein, dass Kommunen 50
424 Jahre auf Umgehungsstraßen warten müssen.

425 Ländle des Eigenheims

426 §13b BauGB muss beibehalten werden, um so auch auf die Wohnungsnot vielerorts einwirken
427 zu können. Damit eine gute Nachverdichtung möglich wird, müssen hierfür auch die
428 gesetzlichen Vorgaben angepasst werden.

429

430 Für den Bau von Gebäuden gibt es viele wichtige Vorgaben, jedoch muss man dafür sorgen,
431 dass diese Vorgaben die Kosten von Bauvorhaben nicht sprengen und faire Preise erhalten.
432 Ebenfalls muss ein landesweites Bauplatzvergabe-Portal als verpflichtende Vorgabe für
433 Kommunen eingeführt werden, damit man eine zentrale Plattform hat, auf der sich die
434 Bürgerinnen und Bürger über freie Bauplätze informieren können. Im Zuge dessen, soll auch
435 ein landesweites Geoportal eingeführt werden, in welchem die Städte in 3D nachgebildet sind.
436 Dort kann man dann auch neue Baugebiete und Nachverdichtungsvorhaben simulieren, um
437 so eine bessere Debatte in der Bevölkerung über diese führen zu können. Nur wenn man sieht
438 was gebaut werden soll, kann man auch wirklich darüber reden.

439

440

441

442

Autorinnen und Autoren

443

444 Matthäus Bürkle Judith Scholz Gordian Schwarz Florian Nussbaumer

445

446 Mike Traub Jan Putensen Paul Steinfurth Felix Edel

447

448

Sven Jentzsch